

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Paul Hammerl, MA, MMMag. Dr. Axel Kassegger
und weiterer Abgeordneter

betreffend **Forcierung der heimischen Erdgasförderung zur Stärkung der Versorgungssicherheit, Senkung der Importabhängigkeit und Absicherung des Wirtschafts- und Industriestandortes Österreich**

Erdgas ist aus der österreichischen und europäischen Volkswirtschaft auf absehbare Zeit nicht wegzudenken. Es wird nicht nur für Raumwärme eingesetzt, sondern ist vor allem für industrielle Prozesse, Prozesswärme, Hochtemperaturanwendungen, Stromerzeugung in Zeiten geringer erneuerbarer Einspeisung sowie für die Stabilität des Energiesystems von erheblicher Bedeutung und auch jedenfalls bis zu einem leistbaren Hochlauf von Wasserstoff ohne Alternative. Ein überhasteter oder ideologisch motivierter Ausstieg aus Erdgas macht Österreich auch extrem abhängig von Graustromimporten und gefährdet daher nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern auch industrielle Wertschöpfung, Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich.

Die jüngsten Entwicklungen auf den internationalen Energiemärkten zeigen mit besonderer Deutlichkeit, wie verletzlich Europa durch seine Abhängigkeit von Energieimporten ist. Geopolitische Spannungen, Unterbrechungen zentraler Transitrouten, Risiken entlang der Straße von Hormus, Instabilitäten im Nahen Osten sowie die Volatilität auf den globalen Gas-Märkten wirken sich unmittelbar auf die europäischen Energiepreise aus. Die Europäische Union hat den Import von russischem Gas massiv reduziert, dafür aber lediglich die eine Abhängigkeit durch eine andere, nämlich jene von LNG-Lieferungen ersetzt. Damit ist Versorgungssicherheit nicht bloß eine Frage vorhandener Infrastruktur, sondern vor allem eine Frage gesicherter, leistbarer und diversifizierter Energiequellen.

Auch auf europäischer Ebene wird inzwischen anerkannt, dass heimische Energiequellen einen wesentlichen Beitrag zur strategischen Autonomie, zur Resilienz und zur Stabilisierung der Energiepreise leisten können. Im Hintergrundpapier zum informellen Ministertreffen der Energieminister in Lefkosia wird ausdrücklich festgehalten, dass die Förderung heimischer Erdgasressourcen die langfristigen Sicherheits- und Dekarbonisierungsziele der Europäischen Union strategisch ergänzen kann, indem sie zur Diversifizierung und Widerstandsfähigkeit beiträgt und gleichzeitig den Übergang zu einer dekarbonisierten Zukunft unterstützt. Damit wird klar, dass der Ausbau der heimischen Erdgasförderung kein österreichischer Sonderweg wäre, sondern Teil eines gesamteuropäischen Weges zur Sicherstellung von Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit sowie energiepolitische Eigenständigkeit ist, der die effiziente Nutzung der vorhandenen Infrastruktur fördert.

Mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union verfolgen bereits konkrete Projekte zur Erschließung oder Absicherung heimischer beziehungsweise europäischer Erdgasressourcen. Besonders hervorzuheben ist das rumänische Projekt Neptun Deep im Schwarzen Meer. Dieses Projekt gilt als Eckpfeiler der regionalen Versorgungssicherheit. Der Produktionsbeginn ist für 2027 vorgesehen. Über die gesamte Laufzeit sollen rund 100 Milliarden Kubikmeter Erdgas gefördert werden. Dadurch würde sich die inländische Gasproduktion Rumäniens nahezu verdoppeln,

und Rumänien könnte zu einem bedeutenden Gasexporteur für Nachbarstaaten in Südost- und Mitteleuropa werden. Dieses Beispiel zeigt, dass heimische Erdgasressourcen innerhalb der Europäischen Union einen erheblichen Beitrag zur Versorgungssicherheit ganzer Regionen leisten können und den Ausfall der russischen Pipeline-Importe teilweise kompensieren.

Auch Griechenland hat seine Offshore-Aktivitäten beschleunigt, um das Potenzial des östlichen Mittelmeers zu erschließen. Für 2026 ist die Unterzeichnung von Konzessionsverträgen für vier Offshore-Blöcke südlich von Kreta und dem Peloponnes vorgesehen. In diesen Gebieten haben bereits seismische Untersuchungen begonnen. Griechenland verfolgt damit das Ziel, seine energiepolitische Rolle im östlichen Mittelmeer zu stärken, mögliche heimische Gasvorkommen nutzbar zu machen und gleichzeitig einen Beitrag zur europäischen Diversifizierung der Gasversorgung zu leisten. Auch in den bulgarischen Gewässern des Schwarzen Meeres werden Explorationsbohrungen fortgesetzt.

Darüber hinaus wurde vor der polnischen Ostseeküste ein Öl- und Gasfund bekanntgegeben. Polen verfolgt bereits seit Jahren eine konsequente Strategie zur Verringerung einseitiger Abhängigkeiten. Dazu zählt insbesondere die Integration der Baltic Pipe, mit der Polen an die norwegische Schelfproduktion angebunden wurde. Ergänzend treibt Polen das FSRU-Projekt in der Bucht von Danzig voran, das als regionale Drehscheibe für Flüssiggaslieferungen dienen soll. Dieses Projekt ist nicht nur für Polen selbst von Bedeutung, sondern auch für Nachbarstaaten wie die Slowakei und die Ukraine. Damit wird deutlich, dass Gasinfrastruktur und heimische beziehungsweise europäische Ressourcen zunehmend als Bausteine regionaler Versorgungssicherheit verstanden werden.

Auch Italien verfolgt mit dem sogenannten Mattei-Plan eine breit angelegte energiepolitische Strategie. Dabei geht es nicht nur um neue Partnerschaften mit afrikanischen Staaten, sondern auch um die Modernisierung der heimischen Infrastruktur und eine stärkere Rolle Italiens als mediterraner Gasknotenpunkt. Italien richtet dabei auch den Blick auf die Adria und auf die strategische Nutzung bestehender sowie künftiger Gasinfrastruktur. Auch dieses Beispiel zeigt, dass wirtschaftsstarke Mitgliedstaaten der Europäischen Union Erdgas weiterhin als realpolitisch notwendigen Bestandteil ihrer Energie- und Standortpolitik betrachten.

Selbst in der Nordsee, wo die Gasproduktion bereits weit entwickelt ist, werden verbleibende Reserven nicht ideologisch abgeschrieben. Vielmehr untersuchen trilaterale Vereinbarungen zwischen der Europäischen Kommission, Dänemark und Deutschland Möglichkeiten zur Maximierung der verbleibenden Reserven sowie zur künftigen Nutzung des Meeresbodens für CO₂-Abscheidung und -Speicherung, Wasserstoffproduktion und weitere energiepolitische Anwendungen. Damit wird eine Brücke zwischen bestehender Gasinfrastruktur, Versorgungssicherheit, industrieller Transformation und möglichen künftigen Dekarbonisierungstechnologien geschlagen.

Diese europäischen Beispiele zeigen klar, dass sehr viele Länder auf die weitere Nutzung von Erdgas setzen und ihre heimischen Gasressourcen prüfen, erschließen und in eine strategische Energiepolitik einbetten. Gerade wenn Rumänien im Schwarzen Meer, Griechenland im östlichen Mittelmeer, Bulgarien im Schwarzen Meer, Polen in der Ostsee, Italien in der Adria und selbst die Nordsee-Staaten an der Nutzung ihrer Ressourcen arbeiten, wäre es energiepolitisch fahrlässig, mögliche

österreichische Erdgasvorkommen nicht einmal zentral, transparent und fachlich fundiert zu erheben.

Die Ausweitung der heimischen Erdgasförderung ist auch aus preis- und sozialpolitischer Sicht geboten. Jedes zusätzliche Angebot am Markt kann dazu beitragen, Preisdruck zu reduzieren, Importabhängigkeiten zu verringern und die Versorgungslage zu entspannen. Gerade die exportorientierte Industrie steht unter massivem internationalen Kostendruck; in den vergangenen Jahren sind bereits mehr als 36.000 Industriearbeitsplätze verloren gegangen. Gleichzeitig geraten auch immer mehr Haushalte durch hohe Energiepreise unter Druck. Die Zahl jener Menschen, die ihre Energierechnungen nicht mehr oder nur noch schwer bezahlen können, ist in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen. Eine realistische Energiepolitik muss daher alles unternehmen, um leistbare Energiepreise, sichere Versorgung und industrielle Wertschöpfung in Österreich zu erhalten.

In Österreich bestehen seit Jahren Hinweise auf relevante heimische Erdgasvorkommen, insbesondere im Weinviertel. Frühere Einschätzungen der OMV zu möglichen Gasvorkommen wurden jedoch bislang nicht ausreichend final überprüft und auf ihre tatsächliche technische und wirtschaftliche Förderfähigkeit hin neutral und transparent bewertet. Ideologische Scheuklappen dürfen in einer hoch angespannten Versorgungs- und Energiepreislage keine Rolle mehr spielen. Gerade angesichts der hohen Importabhängigkeit, der angespannten Energiepreissituation und der stark fortschreitenden Deindustrialisierung ist es unverantwortlich, mögliche heimische Ressourcen aus ideologischen Gründen ungenutzt zu lassen oder nicht einmal seriös zu untersuchen.

Ziel muss es daher sein, endlich Gewissheit darüber zu schaffen, welche Erdgasvorkommen in Österreich tatsächlich vorhanden sind, welche Mengen technisch und wirtschaftlich förderfähig wären, welche Fündigkeitsrisiken bestehen, welche Explorations-, Erschließungs- und Förderkosten zu erwarten sind. Die Produktion von Erdgas in Österreich unterliegt strengsten Umwelt- und Technikvorgaben (bspw. zur Methanemission). Ebenso leistet die Gasproduktion mit dem sogenannten Förderzins einen Beitrag zum österreichischen Staatshaushalt. Eine solche Potentialprüfung bedeutet nicht, den strengen Umweltschutzanspruch außen vor zu lassen. Ganz im Gegenteil, denn gerade eine heimische Förderung unter österreichischen und europäischen Umwelt-, Sicherheits- und Kontrollstandards kann gegenüber Importen aus Staaten mit geringeren Standards energiepolitisch, wirtschaftlich und ökologisch viel vorteilhafter sein.

Die Bundesregierung ist daher gefordert, die heimische Erdgasförderung sachlich, technologieoffen und faktenbasiert zu prüfen. Österreich braucht leistbare Energiepreise, Versorgungssicherheit und eine realistische Energiepolitik, die Industrie, Arbeitsplätze und Wohlstand im Land erhält. Die Erhebung und Bewertung heimischer Erdgasförderpotenziale ist daher ein notwendiger Schritt, um die energiepolitische Handlungsfähigkeit Österreichs zu stärken und die Abhängigkeit von volatilen internationalen Energiemärkten zu reduzieren.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich einen umfassenden Bericht samt Maßnahmenplan zur Forcierung der heimischen Erdgasförderung vorzulegen. Dieser Maßnahmenplan hat insbesondere folgende Punkte zu enthalten:

1. **eine zentrale und vollständige Erhebung sämtlicher österreichischer Erdgas-Förderpotenziale**, einschließlich konventioneller Erdgaslagerstätten sowie möglicher unkonventioneller Vorkommen, insbesondere der seit Jahren diskutierten Schiefergasvorkommen im Weinviertel;
2. **eine fachlich fundierte Aktualisierung und Überprüfung früherer Schätzungen** zu möglichen Erdgasvorkommen in Österreich, insbesondere jener der OMV zu den Gasvorkommen im Weinviertel;
3. **eine realistische Abschätzung des Fündigkeitsrisikos**, der technisch förderbaren Mengen sowie der wirtschaftlich gewinnbaren Erdgasvolumina;
4. **eine detaillierte Darstellung der voraussichtlichen Explorations-, Erschließungs- und Förderkosten** sowie eine Beurteilung, unter welchen Marktbedingungen und welcher Steuer- und Abgabenlast eine wirtschaftlich tragfähige und wettbewerbsfähige Förderung heimischer Erdgasvorkommen möglich wäre;
5. **eine Bewertung moderner Fördermethoden** im Hinblick auf technische Machbarkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit, in Abgrenzung zum abzulehnenden bodennahen Fracking;
6. **eine Ausweisung der Umweltschutzmaßnahmen**, Sicherheitsvorkehrungen und Monitoringpflichten bei Exploration, Erschließung und Förderung heimischer Erdgasvorkommen;
7. **eine Darstellung des möglichen Beitrags heimischer Erdgasförderung zur Versorgungssicherheit und zum Haushaltsergebnis Österreichs**, zur Reduktion der Importabhängigkeit, zur Stabilisierung der Energiepreise sowie zur Absicherung des Wirtschafts- und Industriestandortes;
8. **einen konkreten Zeit- und Umsetzungspfad**, mit dem allfällige wirtschaftlich und umweltverträglich förderbare heimische Erdgasvorkommen rasch einer Nutzung zugeführt werden können.“

Fürtl
(FÜRTRAUER)

P. Huml
(Hummerl)

A. Hegerl
(HÄGGERL)

(REIFENBERGER)

S. Brückl
(BRÜCKL)

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie zuzuweisen.

